

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Olte, Düsseldorf,
Konfordiastraße 7.
Druck und Versand Joh. van Aken,
Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Fernruf: 4692

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Die nächsten praktischen Aufgaben in unserm Verband.

In den gewaltigen Fortschritten unserer christlichen Gewerkschaften während der letzten Monate verkörpert sich ein mächtiges Stück geleisteter Arbeit. Arbeit und immer wieder Arbeit haben letzten Endes auch den so erfreulichen Erfolg in unserm Verband gezeitigt. Nur ausdauernder opferfreudiger Arbeit und gewissenhaftester Pflichterfüllung aller Verbandsorgane ist es vornehmlich zuzuschreiben, daß tausende neuer Mitglieder gleichsam im Sturme gewonnen werden konnten. Unbestreitbar sind die Voraussetzungen für diesen schnellen Aufstieg in der Hauptsache schon in früheren Jahren und in früheren Jahrzehnten geschaffen worden.

So steht nun heute unser Verband wieder einflußreich und angesehen da. Auf den ersten Blick erscheint der Wiederaufbau unseres Verbandes nahezu vollendet. Er war das aber bis zur letzten Generalversammlung nur äußerlich, nur insoweit als die Zahl der angeschlossenen Mitglieder in Frage kam. Die Frage nun, ob unser Verband das erlangte Ansehen und den gewonnenen Einfluß auch weiterhin sich sichern und erhalten kann, wird nicht allein dadurch bedingt, daß wir die noch abseits Stehenden für den Anschluß an den Verband gewinnen. Das ist viel mehr, ja sogar hauptsächlich auch abhängig davon, ob es uns gelingt, den

Innenausbau unseres Verbandes

zu festigen und seine organisatorischen Grundlagen zu vertiefen und auszubauen. Darum werden auch die praktischen Agitations- und Organisationsfragen, die wir jetzt nur kurz anführen, in den folgenden Nummern aber einzeln etwas ausführlicher behandeln werden, hauptsächlich unter besonderer Berücksichtigung des Innenausbauens unseres Verbandes eine Beantwortung finden müssen. Zu einem großen Teile haben die Fragen diese Beantwortung bereits in der letzten Generalversammlung gefunden.

Ein stärkeres Sichgeltendmachen unseres Verbandes wird erhalten bleiben, beziehungsweise sich weiter ausgestalten, wenn unseres Erachtens in der Hauptsache folgende drei Hauptaufgaben von den führenden und verantwortlichen Verbandsmitgliedern gelöst werden:

1. Vollständiges Intakthalten des Vorstands- und Vertrauenspersonenapparates,
2. Ausnutzung aller agitatorischen Möglichkeiten und
3. Erziehung der Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftlern.

Der Vorstands- und Vertrauenspersonen-Apparat ist nur dauernd intakt zu halten mit brauchbaren und zuverlässigen Mitarbeitern. Die geeigneten Kräfte müssen wir darum vornehmlich durch persönliche Führungnahme mit den Mitgliedern ausfindig machen und, sie für die Mitarbeit zu gewinnen versuchen. Hierbei kommt es vor allem auf den Takt und gesunden Menschenverstand an desjenigen, der auf die Mitarbeit anderer angewiesen ist. Mit Takt kann man aus einem einzigen Talente mehr machen, als ohne Takt aus zehn Talenten. Der Schlüssel des Erfolges der ganzen Tätigkeit aller führenden Mitglieder liegt darin, die bisherigen bewährten Mitarbeiter zu erhalten und stets neue hinzu zu gewinnen.

Zur Intakthaltung des Vorstands- und Vertrauenspersonen-Apparates gehört dann ferner eine geordnete Geschäfts- und Kassenführung. Mit regelmäßigen & Kontozahlungen allein haben wir die noch nicht. Wir müssen auch den allergrößten Wert legen auf ganz genaue und durchaus zuverlässige Quartaalsberechnungen, wie ferner auf Ausfüllung und pünktliche Einsendung von Fragebogen, besonders hinsichtlich des Abschlusses von Tarifverträgen und der Erfolge bei Lohn- und sonstigen Bewegungen. Von der Pflege der Statistik profitieren die Mitglieder am allermeisten. Die Bedeutung und den großen Wert statistischer Materials, besonders über das Tarifwesen in unserer

Textilindustrie, haben wir in den letzten Monaten so oft bei den Tarifverhandlungen kennen gelernt. Bei den so häufig wiederkehrenden Tarifrevisionen wird das Material erst recht notwendig gebraucht werden.

Es erscheint uns auch notwendig und angebracht, wenn jetzt anschließend an die Bezirkskonferenzen im ganzen Verbandsgebiete für räumlich zusammenliegende Ortsgruppen (und das sind doch in der Regel die Sekretariatsbezirke),

besondere Vorstands- und Vertrauenspersonen-Konferenzen

anberaumt werden. Diese Konferenzen müßten sich dann mit praktischen Agitations- und Organisationsfragen wie z. B. Heranziehung und Heranbildung geeigneter Mitarbeiter, Aufgaben der Vorstände und Vertrauenspersonen, Bildungs- und Schulungsgelegenheiten für die kommende Winterszeit, wie überhaupt ganz besonders mit der Aufstellung eines besonderen Arbeits- und vor allem Bildungsprogramms beschäftigen.

Agitatorische Erfolge lassen sich nicht mehr so massenweise wie bisher erzielen. Dafür aber wird die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit im kleinen Kreise stärker hervortreten müssen. So werden wir z. B. zu einer Arbeiterinnen-Agitation, die uns auch wirklich dauernde und ständige Erfolge bringt, erst dann gelangen, wenn wir möglichst bald in unserm Verband auf der ganzen Linie die vor dem Kriege sich sehr gut bewährten Arbeiterinnen-Kommissionen wieder allgemein einführen. Eine Organisation mit rund 50000 weiblichen Mitgliedern, wie das unser Verband ist, kann nur dann lebenskräftig bleiben, wenn sie in Bezug auf ihren organisatorischen Aufbau durch Schaffung besonderer Einrichtungen innerhalb des Verbandes auf diese weiblichen Mitglieder besonders Rücksicht nimmt.

Etwas muß auch von uns, und zwar ohne jeden Verzug, in der Frage der Gewinnung und Interessierung der Jugendlichen für unsere Bewegung geschehen. Eine Lösung dieser Frage wäre die Bildung von Jugendkommissionen in den Ortsgruppen. Wie die Dinge aber noch heute liegen, dürfte es wohl in sehr vielen Ortsgruppen überaus schwierig sein, gleich auf einmal mehrere ältere Mitglieder, die sich auch wirklich für diese Aufgabe eignen, zu finden. Schließlich ist aber in jedem Ortsgruppenvorstand ein Kollege, in den größeren Ortsgruppen auch wohl zwei bis drei Vorstandsmitglieder, zu finden, die sich ausschließlich nur der Agitation unter den Jugendlichen und der Erhaltung derselben für den Verband widmen. Die tüchtigsten und von Idealismus am meisten besetzten Mitglieder wären für diese schwierige Aufgabe auszuwählen. Alles hängt von der richtigen Auswahl der für dieses schwierige Amt bestimmten Leute ab. Lassen wir niemals außer acht, daß es sich bei dieser bedeutungsvollen Frage hauptsächlich darum handelt, jene Männer heranzubilden und zu erziehen, denen wir dereinst die Sache, die uns allen ans Herz gewachsen ist, voll Vertrauen übergeben können.

Es ist dann auch noch notwendig, ein besseres Zusammenarbeiten mit den uns freundlich gesinnten konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Jugend- und sonstigen Vereinen. Das ist schon aus dem einen Grunde erforderlich, weil wir ein großes Interesse daran haben müssen, daß frei organisierte Mitglieder konfessioneller Vereine aus ihren Widersprüchen herauskommen. Je größer der Einfluß ist, den wir uns in den konfessionellen Vereinen erwerben, umso mehr wird davon unsere Gewerkschaftsbewegung befruchtet werden. Je vollkommener die Personalunion der Mitglieder der Gewerkschaften und der konfessionellen Vereine herbeigeführt wird, umso machtvoller und kräftiger wird sich die

Kulturbewegung unseres Standes

vollziehen. Endlich gehört dann auch noch kurz hervorgehoben zu werden, das wir uns überall im Verbande

mehr anpassen müssen an die besonderen und an die wechselnden Verhältnisse in unserer Industrie. Da, wo schon Versuche mit der Errichtung besonderer Branchen-Kommissionen unternommen wurden, haben diese durchweg zu recht befriedigenden Ergebnissen geführt. Das Gute müssen wir vom Gegner lernen. Bei den freien Gewerkschaften wird den einzelnen Berufen in den Industrieverbänden weitestgehende Rechnung getragen durch Errichtung von besonderen örtlichen Branchen-Sektionen mit eigener Verwaltung und Angestellten, wo eben die Zahl so groß ist, daß sich die Möglichkeit dazu bietet, ferner Abhaltung von Branchen-Konferenzen. Dort will man auf diese Weise das Organisationsgebäude allen Berufen wohllich einrichten, andererseits aber auch den berechtigten Eigenheiten Rechnung tragen. Die Entwicklung in unserer Industrie drängt uns immer mehr zum Abschluß von Branchen-Tarifen. Das hat aber ganz von selbst zur Voraussetzung, daß wir in Branchen-Kommissionen und Branchen-Konferenzen die notwendigen Vorarbeiten für diese Tarife erledigen.

Im übrigen sollen wir in bezug auf Ausnutzung von agitatorischen Möglichkeiten nicht auf außerordentliche Gelegenheiten warten. Die kleinsten Ereignisse müssen wir erfassen und sie zu großen machen. Nur schwache Menschen warten auf eine günstige Gelegenheit, starke Menschen machen sie. Der Faulheit nutzen auch goldene Gelegenheiten nichts; der Fleiß aber macht selbst die gewöhnlichsten Vorkommnisse zu goldenen.

Die allerwichtigsten der von uns in der nächsten Zeit zu lösenden Aufgaben, scheint uns zu sein die Erziehung der Mitglieder zu überzeugten Gewerkschaftlern. Da muß noch ein ganz gewaltiges Maß organisatorischer Arbeit geleistet werden, bis wir die vielen tausenden in diesem Jahre gewonnenen Mitglieder zum Solidaritätsgedanken und zur Opferwilligkeit erzogen haben, bis die vielen Neugewonnenen vom rechten gewerkschaftlichen Geist besetzt sind. Verbandsorgan, sozialer Christenvertrieb, Herausgabe von Flugblättern sowie die Einrichtung von besonderen Unterrichtskursen sind einige von den vielen Mitteln der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Die Schriftleitung eines Verbandsorgans ist auf eine Mitarbeit schreibgewandter Mitglieder am Verbandsorgan in Bezug auf Unterrichtung unserer Mitglieder in grundsätzlicher und taktischer Beziehung im Sinne unserer christlich gewerkschaftlichen Lebensauffassung angewiesen. Ferner ist Voraussetzung für eine befriedigende Erledigung ihrer Arbeiten eine möglichst weitgehende Unterrichtung über Wünsche und Stimmungen in den Kreisen der Mitglieder sowie besonders sachmännische Urteile über Erfahrungen, die mit Tarif- und sonstigen Abkommen gemacht worden sind. Das Verbandsorgan wird und muß allen Mitgliedern lieb und wert gemacht werden. Dieses Ziel wird umso leichter zu erreichen sein, wenn von den schreibgewandten Mitgliedern regelmäßige und gelegentliche Beiträge an die Schriftleitung unseres Verbandsorgans eingeschickt werden. Dem

Vertrieb sozialer Schriften

und sonstigen Aufklärungsmaterials muß von uns auch viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. In erster Linie kommt da ein Absatz unserer Generalversammlungsberichte besonders an die Vorstände und Vertrauenspersonen der vielen neu gegründeten Ortsgruppen in Betracht. Verlässlichen wir doch, welche Fülle von Anregungen und Gedanken diese Berichte enthalten. Durch das Studium dieser Besse werden die Vorstände und Vertrauenspersonen mit der Entstehungsgeschichte unseres Verbandes bekannt. Sie erhalten aber auch einen Einblick in die gewaltige Arbeit, die nun schon seit zwei Jahrzehnten von unserm Verband im Interesse der Mitglieder geleistet worden ist. Sie werden durch das Lesen zu der Erkenntnis gelangen, daß andere auch für sie große Opfer gebracht und schwere Kämpfe haben

mitmachen müssen zu einer Zeit, wo sie noch abseits standen. Das wird dann mit dazu beitragen, daß sie die Gewerkschaftsarbeit achten und schätzen lernen.

Das Korrespondenzblatt „Die Jugend“ sowie die Monatschrift „Deutsche Arbeit“ sollten in jeder Ortsgruppe in mehreren Exemplaren gehalten werden.

Einrichtung besonderer Unterrichtskurse.

Die Unterrichtskurse alten Stils werden in manchen größeren Ortsgruppen und besonders auch da, wo gut geleitete Kartelle bestehen, zur Durchführung kommen können.

In solchen Ortsgruppen könnten unseres Erachtens wieder einmal Versuche gemacht werden mit den schon früher vielfach erprobten

Studier- und Lesezirkeln.

Diese haben den Vorzug, ohne viel Aufwand für den Leiter und die Schüler in entsprechender Art durchgeführt werden zu können. Eine nicht zu große Zahl jüngerer Leute wird gesammelt zu einer Art geistigen Stammtisch.

Zur Vertiefung in den Geist und die Aufgaben der Studier- und Lesezirkel empfehlen wir allen führenden Mitgliedern das Studium nachfolgender zwei Werke: „Kleine Studier- und Lesezirkel“.

In allen Zweigen unserer Bewegung ist tatkräftiger und arbeitsfreudiger Nachwuchs dringend erforderlich. Fünf Jahre lang haben wir bezüglich der Schulung und Heranbildung neuer Kräfte wenig tun können.

An uns, und ganz besonders an unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, liegt es, dem deutschen Wirtschafts- und Sozialleben jene Gesundheit und Gestalt zu geben, unter dem sich die Arbeiterschaft wohl und glücklich fühlen kann.

Und freudig auf des Lichtes zarten Spuren,
Begrüßt das neue Leben sich zu regen
Und keimt und blüht in tausendfacher Lust.

Zur Frage der Sozialisierung der Textilindustrie.

Unsere letzte außerordentliche Verbandsgeneralversammlung zu Düsseldorf hat sich in der Frage der Sozialisierung der Textilindustrie auf den Standpunkt gestellt, daß die, sowohl in der Produktion wie auch im Rohstoffbezug und Absatz sehr komplizierte und verzwickte Textilindustrie für eine Sozialisierung, wie sie von radikaler Seite vertreten wird, nicht in Frage kommen kann.

genommenen Entschließung wurde von den Regierungen die Durchführung und Vorbereitung der Sozialisierung der gesamten Volkswirtschaft unter Heranziehung von Mitglieðern aus den Arbeiterorganisationen (für die Textilindustrie unter Heranziehung von Mitarbeitern aus dem Deutschen Textilarbeiterverbande) gefordert.

Für unsere Mitglieder dürfte es nun von ganz besonderem Interesse sein, einmal zu erfahren, wie ein Mitglied des Deutschen Textilarbeiterverbandes über die Frage der Sozialisierung der Textilindustrie denkt.

Der ordentliche Honorarprofessor an der Universität Berlin, Herr Carl Ballod, hat kürzlich seiner blühenden Phantasie die Riegel schließen lassen und ein Buch über den Zukunftsstaat geschrieben.

„Es ist in Deutschland technisch-wirtschaftlich möglich nach einer drei- bis fünfjährigen Uebergangszeit, während der eine hohe Arbeitsanspannung erforderlich ist, den landwirtschaftlichen sowohl wie den industriellen Betrieb (einschließlich Verkehrswesen) so umzugestalten, daß eine fünf- bis sechsjährige „vaterländische Dienstpflcht“ bzw. „Arbeitspflicht“ aller jugendlichen Personen vom 17. bis 22. Jahre, bzw. (bei Frauen) vom 16. bis 21. Lebensjahre ausreicht, um, gemessen an Friedenskonsum, ein reichliches Maß von Nahrungsmitteln und ausreichende Kleidung für die Gesamtbevölkerung zu erzeugen, ja darüber hinaus, die volle Entschädigung für die geistige Arbeit und eine Ablösungsrente für die auf Grund sorgfältiger Taxen abzulösenden Produktionsmittel zu ermöglichen.“

Was für Stümper sind die Menschen doch bisher gewesen, sagte ich mir. Eritens einmal erlangten nur verhältnismäßig wenige das Ziel, Rentnerdasein zu genießen, und zweitens dauerte es doch bisher bei den meisten annähernd zehnmal soviel Jahre wie bei Herrn Ballod, ehe das Rentnerdasein erreicht war.

Kein Wunder, daß es mich, der ich mich auch schon 30 Jahre mit der Frage beschäftige, wie die Lebenslage des arbeitenden Volkes gebessert werden könnte, lockte, durch Gewerbes Ballods Buches in die Lage zu kommen, seinen Zukunftsstaat zu sehen.

An den Eingang hat Herr Professor Ballod die Worte von Goethe gesetzt: „Ich schreibe euch nicht zu Gefallen, ihr sollt was lernen.“

Bluff! Nichts als elendester, oberflächlicher Scheubudenbluff

tritt einem in diesem Zukunftsstaat entgegen. Ich war geradezu erstaunt über die grenzenlose Oberflächlichkeit, mit der da die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme behandelt werden.

Von der Textilindustrie,

der Herr Ballod in seinem Zukunftsstaat auch einen Raum eingeräumt hat, versteht er nichts. Um so erstaunlicher ist es, daß sich die Delegierten auf dem Verbandstage des Deutschen Textilarbeiterverbandes von diesem „Zukunftswort“ ein Referat über die sofortige Sozialisierung der Textilindustrie halten lassen wollten.

Ob dem Herr Professor Ballod schon jemals etwas geort und gesehen haben mag von der großen qualitativen Leistungsfähigkeit der deutschen Textilindustrie, von ihrer unübersehbaren Vielseitigkeit in der Produktion, eine Vorstellung, um die uns nicht nur die ganze Welt beneidet, sondern die durch die Verrücktheit ihrer Produktion auch zu einem Hebel der Kultur allerersten Ranges wurde? Ich kann es nicht glauben!

eine Wirtschaft für uns selbst

und hehreiten auch den Aufwand dieser Wirtschaft aus unserer Wirtschaft selbst. Wir isolieren uns also hinsichtlich der Beschäftigungsbeschaffung vollkommen von der übrigen Welt. Keine Baumwollfaser, keine Wolle, keine Leinwand, keine Hanf, auch keine Jute- und natürlich erst recht keine Seide kommt mehr nach dem Ballod'schen Zukunftsstaat herein.

der deutschen Baumwollindustrie zerrüttern. Die englischen Baumwollindustriellen würden Herrn Ballod sicher mit großen Dankbezeugungen versehen.

Freilich, letzten Endes wird allerdings die Umstellungszählung des Herrn Professor Dr. Ballod ein großmächtiges Manöuvre aufweisen, denn der Herr Professor redet von diesen Dingen,

wie der Blinde von der Farbe.

Doch, damit niemand glaubt, ich tue ihm mit dieser Behauptung Unrecht, sei die Milchmädchenrechnung des Herrn Ballod mit allem Drum und Dran wörtlich hierhergesetzt. Nachdem sich Herr Ballod entschlossen hat, uns dadurch in seinem Zukunftsstaat glücklich zu machen, daß er die Baumwollmaschinen samt und sonders verschrottet, begibt er sich an die Berechnung der Kosten für den Ersatz dieser Maschinen.

„Die Baumwollspindel kostete z. B. in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in England bei der Errichtung ganzer Fabriken von mindestens 70000 Feinspindeln 20 M., die Leinenspindel und die Wollspindel über 80 M. und mehr (in Deutschland 100 bis 120 M.). Ein ähnlicher Unterchied bestand beim Preise der mechanischen Webstühle: der Webstuhl zum Weben von Baumwollgarn kostete 350 bis 400 M., der Leinwebstuhl und der Webstuhl für Wollzeug 1000 bis 1200 M.“

Daß eine Flachspindel etwa die dreifache Leistung hat gegenüber einer Baumwollspindel,

es brauchten höchstens 3 Millionen Flachspindeln und 100000 mechanische Webstühle zum Preise von 3x100=300 Millionen M. für die Flachspindeln und 100000x1000=100 Millionen M. für die mechanischen Webstühle betragen, zusammen also 400 Millionen M.“

So steht es wörtlich hingeschleudert auf Seite 151 des Ballod'schen Zukunftsstaates. Es steht auch wörtlich darin, daß eine Flachspindel etwa die dreifache Leistung einer Baumwollspindel habe, weshalb ja auch Herr Ballod in seiner Unwissenheit nur 3 Millionen Flachspindeln zum Ersatz von 8 Millionen Baumwollspindeln für nötig hält.

ein großes Loch in der Berechnung des Herrn Ballod.

Wenn Herr Professor Dr. Ballod vorher einmal in ein Handbuch für Spinnerei gesehen hätte, so z. B. in das Handbuch für Spinnerei von Müller, würde er gefunden haben, daß die Leistungsfähigkeit der Leinenspindel erheblich geringer ist, wie die der Baumwollspindel. Er würde gefunden haben, daß sich die Leistungsfähigkeit der Spindel nach der Zahl ihrer Umdrehungen richtet, und daß eine Leinenspindel in der Minute, je nach der Nummer des Garnes, 2500 bis 5500 Touren macht, die Baumwollspindel aber etwa 4000 bis 12000 und mehr.

Seht heißt es nicht 3 Millionen Leinenspindeln mal 100 M. Ersetzungskosten = 300 Millionen M., sondern es heißt, 16 Millionen mal 100 = 1600 Millionen Mark.

Und auch das stimmt noch nicht! Die Kosten einer Leinenspindel, betriebfertig aufgestellt, betragen heute mindestens das Dreifache der von Herrn Ballod angenommenen Summe. Oder mit anderen Worten gesagt: Die Umstellung der Textilindustrie für die Wirtschaft des Ballod'schen Zukunftsstaates kostet nicht nur 400 Millionen, sondern mindestens 1200 Millionen für die Leinengarnspinnereien und 600 Millionen für die 200000 Leinwebstühle, also zusammen 1800 Millionen M. Herr Ballod will die 200000 Baumwollwebstühle nur durch 100000 Leinwebstühle ersetzen; offenbar, weil er in seiner Ahnungslosigkeit annimmt — er nimmt nämlich sehr viel an —, daß auch die Leinwebstühle eine doppelt so große Leistungsfähigkeit haben wie die Baumwollwebstühle. Auch das ist total falsch; in der Regel ist der Baumwollwebstuhl leistungsfähiger, und müßte darum schon die volle Zahl von 200000 Stühlen ersetzt werden.

mindestens 5000 Millionen M. geirrt.

Und wenn auch diese ganze Zukunftsstaatsphantasie nur völlig wertloses Dingenpöbel ist, weil das deutsche Volk sich nicht zu der Verrücktheit verstehen wird, seine hochwertige Baumwollindustrie zu zerrüttern, und weil daher der ganze Umstellungsplan unumkehrbar ist, so sollte doch ein Professor trotzdem darauf achten, daß seine Darstellungen wenigstens annähernd der Wirklichkeit entsprechen. Herr Professor Ballod achtet darauf nicht, er schreibt das Wirklichkeitsferne dem Vergnügen und das nennt sich dann Wissenschaft.

Und der Mann, der so wirklichkeitsfremd ist, ausgerechnet dieser, ist der Wortführer für die sofortige Sozialisierung der Textilindustrie.

Wer aber mit der Wirklichkeit geht, der wird als Verräter an den Arbeitern hingestellt. Nun, auch dieser Rausch wird vergehen. Ich werde mich mit dafür einsetzen, daß die deutsche Textilindustrie vor der Ballod'schen Verschandelung bewahrt wird.

Soweit Herr Krätzig im „Konfektionär“. Wir sind auch darüber erntaunt gewesen, daß sich die Delegierten auf dem Verbandstage des Deutschen Textilarbeiterverbandes von einem „Fachmann“ wie Professor Ballod ein Referat über die Sozialisierung erstatten ließen. Wenn nach den Plänen solcher Theoretiker in unserer Industrie sozialisiert würde, dann wären die Folgen unabsehbar. Die Ruin der Textilindustrie würde eine völlige Verelendung von hunderttausenden Textilarbeitern und Arbeiterinnen zur Folge haben.

Wir sind in unserm Verbands in der Frage der Sozialisierung der Textilindustrie mit der Wirklichkeit gegangen. Unsere Verbandsgeneralversammlung hat sich entschieden gegen alle übertriebenen Sozialisierungsversuche ausgesprochen. Damit haben wir den wirtschaftlichen Interessen der Textilarbeiterschaft in Wirklichkeit am besten gedient. Wirklichkeits- und weltfreundliche Professoren mögen in einer Zeit wie der gegenwärtigen unabhängigen und kommunistischen Elementen zu Gefallen reden und schreiben, wichtige wirtschaftliche Probleme, wie es diese Fragen der Sozialisierung sind, werden sie aber, wie Krätzig auch mit Recht schreibt, nur „verschandeln“, zum allergrößten Schaden der Industrie und damit auch der Arbeiterschaft.

Aus dem Verwaltungsbericht der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft

für das Jahr 1918.

Die Rheinisch-Westfälische Textilberufsgenossenschaft (St. M. Gladbach) ist eine der bedeutendsten Berufsgenossenschaften unserer Textilindustrie. Darum dürften die nachfolgend aufgeführten Zusammenstellungen von allgemeinem Interesse sein. Die einzelnen dem Bericht entnommenen Zahlen haben wir übersichtlich zusammengestellt und besonders soweit die Löhne in Betracht kommen, an Hand der Lohnsummen und Arbeiterzahlen die der einzelnen Sektionen ermittelt.

I. Betriebe und Arbeiterzahl.

Table with columns for Sektion (Münster, Aachen, Bielefeld, etc.), Anzahl der Betriebe 1918, Arbeiterzahl 1918, and Arbeiterzahl 1917. Includes a summary row for the total number of enterprises and workers.

Insgesamt kommen in Betracht 2629 Betriebe mit 68036 versicherten Arbeitern, gegenüber 2687 Betrieben mit 72709 Arbeitern im Jahre 1917. Eine kleine Zunahme von einigen hundert Arbeitern und Arbeiterinnen haben die Sektionen Barmen und Münster, während die Sektionen M. Gladbach und Aachen zusammen eine Abnahme von halb 4000 Arbeitern und Arbeiterinnen haben.

An Unfallschädigungen wurden im Jahre 1918 gezahlt in der ganzen Genossenschaft: 837023 M., im Jahre 1917 insgesamt 805479 M. Seit 1. Oktober 1885 bis Ende 1918 zusammen 16427393,46 M.

II. Löhne.

Die Gesamtlohnsumme im Jahre 1918 betrug 103940163 M. gegen 88797524 M. im Jahre 1917. Die Löhne verteilen sich auf die einzelnen Sektionen wie folgt:

Table showing total wage sum (Gesamtlohnsumme) and average wage (Durchschnittslohn) for various sections in 1917 and 1918, along with percentage changes.

Die Gesamtlohnsumme ist im Jahre 1918 um mehr als 15 Millionen höher wie im Jahre 1917. Im Jahre 1917 war sie um mehr als 22 Millionen höher wie im Jahre 1916. Hieraus, wie auch aus der von uns vorgenommenen Einzeldarstellung ist ersichtlich, daß der Lohn in den Jahren 1916 und 1917 wesentlich gestiegen ist.

Wenn in den Berichten der Genossenschaften erwähnt wird, daß in dem Durchschnittslohn auch der Lohn für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen enthalten sei, so muß aber auf der anderen Seite auch immer wieder betont werden, daß die Gehälter der Betriebsbeamten, soweit letztere der Unfallversicherungspflicht unterliegen, ebenfalls mit eingerechnet sind.

Geben nun auch die Lohnnachweise der Berufsgenossenschaften aus den hier angeführten Gründen kein ganz zutreffendes Bild der wirklich verdienten Einzelgehälter, so geben sie doch einen allgemeinen Maßstab zur Beurteilung der Lage der Textilarbeiter ab. Und da muß ganz klar und deutlich von vornherein erklärt werden, daß sie auch diesmal wieder, trotz der Steigerung des Durchschnittslohnes von 25,1 Prozent im Jahre 1918, unzweifelhaft den Beweis von der Unzulänglichkeit der Textilarbeiterlöhne erbringen.

Schon in Friedenszeiten war es für die Textilarbeiter ein Ding der Unmöglichkeit, mit ihren viel zu niedrigen Löhnen auskommen zu können. Was bedeuten nun ca. 50 Prozent Lohnsteigerung in den beiden letzten Jahren gegenüber einer Verteuerung der Lebenshaltung von etwa 250-300 Prozent? Ja, für sehr viele unbedingt notwendige Bedarfsgegenstände ist eine noch wesentlich viel höhere Verteuerung eingetreten.

Und nun ist hierbei noch besonders zu berücksichtigen, daß im Bereich der Rheinisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft die Löhne durchweg noch am höchsten sind. Uns liegt auch ein Bericht der Sächsischen Textilberufsgenossenschaft vor. Nach diesem waren im Jahre 1918 durchschnittlich 117834 gegen Unfall versicherte Arbeitnehmer in den sächsischen Textilbetrieben beschäftigt. Die Gesamtlohnsumme beträgt rund 129,5 Millionen Mark, mithin entfällt auf den einzelnen Versicherten ein Jahresdurchschnittsverdienst von nur 1100 M.

Die Gesamtlohnsumme im Jahre 1918 betrug 103940163 M. gegen 88797524 M. im Jahre 1917. Das ist in Rheinland und Westfalen 427,72 Mark mehr als wie im Freistaat Sachsen. Ja selbst in der Sektion Münster, wozu vorwiegend das ländliche Münsterland gehört, ist demnach der Jahresdurchschnittsverdienst 1918 noch um ca. 210 M. höher als im Freistaat Sachsen.

Diese Tatsachen bedeuten bei den bestehenden Verteuerungsverhältnissen für die Textilarbeiter ein wahres Elend. Es ist leider nur zu wahr, daß es in manchen Bezirken unserer Textilarbeiterschaft nicht möglich ist, mit dem geringen Einkommen die wenigen behördlich bereits rationierten Lebensmittel zu kaufen. Von Reparaturen und manchmal sogar von notwendigen Reparaturen muß leider nur allzuoft Abstand genommen werden.

Unter dem Gesichtspunkt der jetzigen Lebenslage betrachtet, zeigen auch die Berichte der Textilberufsgenossenschaften die dringende Notwendigkeit einer weiteren Verbesserung der unzureichenden Löhne der Textilarbeiter. Warum sollen die Textilarbeiter für unabsehbare Zeiten Stiefelnder der deutschen Arbeiterschaft bleiben? Auf alle Fälle kann es so nicht mehr weitergehen. Darum rufen wir uns und sorgen wir durch Stärkung unseres Verbandes dafür, daß unser Einfluß immer größer werde.

Allgemeine Rundschau.

Sie können ihr Geld nicht unterbringen.

Eine nicht nur begreifliche, sondern auch durchaus berechtigte Erregung weiter Volkstriebe hat sich gegen die Kriegs- und Revolutionsgewinnler jeder Art bemächtigt. Diese Erregung ist besonders groß gegen die Landwirte. Wenn man auch die allgemeine Sucht nach materiellem Gewinn unter vielen Landwirten nicht dem Stand der Landwirte auf das Schuldkonto setzen kann, so bleibt aber doch Tatsache, daß sehr viele Angehörige dieses Standes aus der Not des Volkes in einer Weise Geschäfte gemacht haben, die alles andere, nur nicht ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes für lange Zeit bilden werden.

Der dauernde Zustrom von Geld auf dem Lande, das vor allem durch den Erlös für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus den Städten abfließt, hat jetzt in der Provinz Rheinliefen zu einem solchen Geldüberfluß in den ländlichen Spar- und Darlehnskassen geführt, daß diese den Zinsfuß für Spareinlagen und im Geldverkehr laufender Rechnung für Nichtmitglieder bei Einlagen bis zu 2000 M. auf 3 v. H., bei Einlagen von mehr als 2000 M. auf 2 v. H. heruntergesetzt haben. Veranlassung zu der Maßnahme gibt der Umstand, daß bei dem Geldüberfluß auf dem Lande Darlehen nur wenig nachgefragt werden und die Kassen daher genötigt sind, große Summen im Bankverkehr unterzubringen.

Zu diesem „erschütternden Bild von der Notlage der Landwirtschaft“ machte dann die „Rheinische Zeitung“ folgende Glossen:

„Die armen Bauern können ihr Geld nicht mehr unterbringen. Und dabei wird das Uebel von Tag zu Tag schlimmer, weil mit der Fülle des in diesem Jahre zu erwartenden Ernteertrages das Geld ihnen immer reichlicher zufließen wird. Wir möchten deshalb anregen, daß regierungseitig für landwirtschaftliche Spareinlagen ein Mindestzinsfuß von 6 Prozent gewährt wird.“

Dieser beißende Spott ist gewiß bitter, aber wohl verdient. Eine materielle Besserstellung war während des Krieges und auch noch nach demselben den Landwirten sehr wohl zu gönnen. Sicher hätten gerade wir Arbeiter uns damit am leichtesten abgefunden. Was sich aber manche Landwirte in bezug auf Ausbeutung des Volkes in den letzten Jahren geleistet haben, steht ohne Beispiel in der deutschen Geschichte da. Die Landwirte brauchen sich darum nicht zu wundern darüber, daß besonders in minderbemittelten Volkstreffen der Unwille gegen die Landwirte immer mehr anschwillt und sich bereits an manchen Orten in Formen Luft macht, die auch von uns nicht gebilligt werden können.

Dem Gedanken einer sozialen Verständigung und Versöhnung der verschiedenen Stände ist durch die von uns hier angeführten Vorgänge der allgrößte Schaden zugefügt worden. Wir bedauern dieses ungemein, müssen aber auch darauf hinweisen, daß unseres Erachtens von den Organisationen der Landwirte gar nichts oder doch nur herzlich wenig geschehen ist, um rechtzeitig ihre Mitglieder vor einer Ueberspannung landwirtschaftlicher Produktionspreise zu warnen. Ueber die Manipulationen mancher Landwirte urteilt man in weiten Volkstreffen genau so, wie über die Ausbeutung des Volkes durch Wucherer und Schleichhändler.

Gefängnis für verbotene Ausfuhr von Getreide.

Vorkommnisse der letzten Zeit haben gezeigt, daß unverantwortliche Elemente trotz der schlechten Ernährungslage des deutschen Volkes den ungünstigen Stand der deutschen Valuta auszunutzen, um durch Verkauf von Getreide nach dem Ausland sich zum Nachteil der Volksgemeinschaft zu bereichern. Dieses Getreide wird damit dem inländischen Verbrauch entzogen. Darüber hinaus muß das deutsche Volk für das ausländische Getreide, das es als Ersatz einzuführen genötigt ist, den hohen Auslandspreis zahlen. Der Regel nach liegt bei solchen Getreideschiebungen, soweit es sich um beschlagnahmtes Getreide oder beschlagnahmte Getreideerzeugnisse handelt, eine nach der Reichsgetreideordnung strafbare Handlung vor. Außerdem ist solche verbotene Ausfuhr nach den allgemeinen Strafvorschriften über Zuwiderhandlungen gegen Ausfuhrverbote strafbar. Die Verwerflichkeit, die

sich in solchen aus Gewinnsucht hervorgehenden Verschiebungen von Getreide nach dem Auslande zeigt, verlangt aber eine besondere scharfe Bestrafung. Der Reichsernährungsminister hat daher durch Verordnung eine Gefängnisstrafe für solche Fälle festgesetzt. Die neue, im Reichsgesetzblatt Nr. 164 veröffentlichte Verordnung vom 28. August droht Gefängnis nicht unter einem Monat an für denjenigen, der es unternimmt, ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde Getreide (Brotgetreide, Gerste, Hafer), Hülsenfrüchte, Buchweizen oder Erzeugnisse irgendwelcher Art, die aus diesen Früchten hergestellt sind, insbesondere also auch Mehl, Floeden usw., aus dem Reichsgebiet auszuführen. Neben der Gefängnisstrafe ist Geldstrafe und Einziehung der Waren, deren Ausfuhr versucht wird, vorgesehen.

Der Demobilisierungsausschuss gegen den Terror.

Der Demobilisierungsausschuss in Augsburg hat am 21. August 1919 Richtlinien für die Wiederherstellung der Koalitionsfreiheit aufgestellt. Es wird darin u. a. gefügt, daß die Verhinderung an der Berufsarbeit wegen Zugehörigkeit einer gewerkschaftlichen Richtung unzulässig ist und Beleidigungen, Verächtlichungen und Herabsetzungen von gewerkschaftlichen Verbänden in Betrieben unterbleiben müssen. Sodann wird darauf aufmerksam gemacht, daß derjenige, der fahrlässig oder vorsätzlich die Freiheit usw. eines andern widerrechtlich verleiht, nach § 82 des B.G.B. um Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet ist. Ferner kann eine Bestrafung nach § 240 des R.St.G.B. erfolgen.

Des Weiteren sagt der Demobilisierungsausschuss, daß den auf Grund des Festhaltens an ihrer gewerkschaftlichen Richtung arbeitslos gemachten Arbeitnehmern die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht werden soll.

In seinen Anmerkungen zu den beschlossenen Richtlinien jagt der Demobilisierungsausschuss folgendes:

Die Auseinandersetzung der Ideen kann sich in einem Rechtsstaate nur mit den friedlichen Mitteln der Agitation, Werbung von Mitgliedern, Wahlen und Abstimmungen, nicht aber mit Gewalt und Drohlocksmachung vollziehen. Außerdem sind die Aufgaben des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues in Deutschland so groß und ernst, daß die Berufsvereine sich durch die Gefährdung der Koalitionsfreiheit nicht in der Mitarbeit an diesen Aufgaben gegenseitig lähmen dürfen.

Das sind Worte, die wir voll und ganz unterschreiben. Es ist nur traurig, daß Mitglieder einer gewerkschaftlichen Richtung erst durch den Demobilisierungsausschuss darüber belehrt werden müssen, was recht und notwendig ist.

Die Kriegsverversicherung unserer Deutschen Volksversicherung.

Unsere Deutsche Volksversicherung bittet um folgende Veröffentlichung:

„Die zum Teil sehr verzögert eingehenden Todesanmeldungen der bei unserer Kriegsverversicherung angemeldeten Kriegsteilnehmer zeigen, daß die Anmeldung vielfach in unerwünschter Weise hinausgeschoben wird. Bekanntlich soll vier Monate nach Beendigung des Krieges die auf den einzelnen entfallende Versicherungsquote ausbezahlt werden, wobei nur diejenigen versicherten Kriegsteilnehmer berücksichtigt werden dürfen, die während des Krieges oder innerhalb dreier Monate nach Beendigung des Krieges verstorben oder vermisst und der deutschen Volksversicherung gemeldet sind.“

Trotz der großen Anzahl der Auszahlungen soll die zur Auszahlung gebliebene kurze Frist von einem Monat nicht nur eingehalten werden, sondern es bezieht der Wunsch, die Auszahlungen mit möglicher Schnelligkeit den Angehörigen zukommen zu lassen. Die hierfür nötigen Summen sind schon heute zur jederzeitigen Auszahlung bereitgestellt. Wenn gleich der genaue Tag der Beendigung des Krieges, der davon abhängt, daß der von Deutschland ratifizierte Friedensvertrag rechtskräftig wird, leider auch heute noch nicht feststeht, so wird nochmals gebeten, die Todesfälle möglichst bald anzumelden.“

Hierzu möchten wir bemerken, daß die Bitte unsere Volksversicherung nur im Interesse der Beteiligten liegt. Ihr Vermögen, auch hier die Versicherungssummen so schnell wie irgend möglich auszuzahlen, verdient volle Anerkennung. Auf die Verzögerung der Anmeldung ist übrigens mit zurückzuführen, daß eine Schätzung der zur Auszahlung gelangenden Verteilungsquote sich noch nicht ermöglichen läßt.

Das Ende des Gewerkschaftsstreites?

Die Fuldaer Bischofskonferenz hat folgenden Beschluß gefaßt:

Dringend erwünscht im Interesse der Einheit der deutschen Katholiken und im Interesse der katholischen Arbeiter ist eine Einigung zwischen den katholischen Arbeitervereinen, Sitz Berlin, und den christlichen Gewerkschaften, sei es in Form einer Einigung beider, sei es in Form freundschaftlichen Zusammengehens. Die Ausführung solcher Einigung ist den beiden Organisationen zu überlassen.

Dieser Beschluß ist durch Kardinal von Harnmann dem Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) übermittelt worden. Eine Einigung zwischen christlichen Gewerkschaften und den katholischen Arbeitervereinen von Sitz Berlin ist schwieriger zu erzielen. Die Leitung des Berliner katholischen Arbeiterverbandes braucht sich um die Auffassung zu eigen zu machen, wie sie in den katholischen Arbeitervereinsverbänden Süd-, West- und Ostdeutschland geltend ist und der theoretische Gewerkschaftslehre ein Ende. In der Praxis ist er launig zu gucken der christlichen Gewerkschaften entgegen.

Aus unserer Industrie.

Verwertung der Heeresbestände in Papiergeweben.

Der „Verband Deutscher Jute-Industrieller G. m. b. H.“ und der „Verband Deutscher Papiergarn-Industrieller G. m. b. H.“ sind mit der Jute-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., der ursprünglich die Verwertung der Heeresbestände in Papiergeweben vom Reichsverwertungsamt übertragen worden war, in Verhandlungen getreten und haben ihrerseits zum Schutze ihrer Industrie und vor allem im Interesse einer Weiterbeschäftigung der Arbeiter die gesamten Bestände der Heeresverwaltung übernommen. Zu diesem Zwecke haben die beiden erwähnten Verbände die „Allgemeine Gewebe-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.“ in Berlin gegründet, welche die Verwertung unter Kontrolle des Reichsverwertungsamtes durchführt wird.

Die „Welt-Baumwolle-Konferenz“.

Am 18. Oktober beginnt in New Orleans die „World Cotton-Conference“, die wahrscheinlich mehrere Tage andauern wird. Ihre Einberufung erfolgte durch die Nationalvereinigung der Baumwollfabrikanten, die schon bald nach Ausbruch des amerikanisch-deutschen Krieges den Beschluß faßten, Baumwoll-Produzenten, Verarbeiter und sonstige Interessenten aus Ländern, mit denen „wir in gegenseitigen Handelsbeziehungen stehen“ zu einer nach dem Kriege anzuberaumenden Konferenz einzuladen. Der Zweck ist ein Meinungsaustausch über die Einführung verbesserter Methoden in der Produktion, Verpackung, Beförderung, Lagerung und Finanzierung der amerikanischen Baumwolle. Die Beteiligung des amerikanischen Baumwollgeheimnisses an der Konferenz wird unstrittig sehr groß sein. Auch wird eine starke Abordnung aus England erwartet, wenigstens berichtet eine Neunterkommission, die zwecks Erweckung des europäischen Interesses zwei Monate in Europa verbracht hat, die englischen Baumwollbörsen, Verarbeiter und sonstige Interessenten würden Vertreter entsenden. Weniger sicher ist es, ob das übrige Europa vertreten sein wird.

Ein neues Textilzeugnis.

Japan bringt auf den amerikanischen Markt ein neues Textilzeugnis, nämlich einen waschbaren Seidenstoff, in den Papier verwebt ist. Der Schuß-Rohstoff dieser Ware besteht aus sehr starkem, dünnem und sehr zähem Popierpapier, welches zu schmalen Streifen zerschnitten und dann sehr fest gezwirnt wird; die Fette aber bildet rohe Naturseide. Auf diese Weise entsteht ein gutes Gewebe, welches allerdings nicht so weich ist, wie ein reinseidener Stoff, aber auch nicht unmittelbar steif nach dem Verweben herauskommt. Die Ware kann, ohne daß die Haltbarkeit beeinträchtigt wird, gewaschen werden. Von diesem Stoff kostet das Stück, 25 Yards lang und 32 Inches breit, mit eingewebten Satinstreifen, 20 Dollar frei New-York, ohne Zoll; mit bunten Satinstreifen, 20 Dollar frei New-York, ohne Zoll; mit bunten Satinstreifen aber 17. Dollar. Auch wird diese Papierseide mit vollständiger Satinbindung in verschiedenen Farben hergestellt, und zwar zu 24 Dollar das Stück.

Aus unserer Bewegung.

Gaukonferenz in Säckingen.

Die am 22. September in Säckingen abgehaltene Gaukonferenz des christlichen Textilarbeiterverbandes — Gau Oberheim — nahm einen sehr regen Verlauf. Einige Ortsgruppen fehlten menschenleer. Bezirksleiter Nimmela von Vörsch hielt einen ausführlichen Vortrag über unsere Verbandstagen. Hierauf ergriff Gewerkschaftssekretär Kiefer-Säckingen das Wort. In klaren und deutlichen Worten behandelte er das Beitrags- und Unterstützungsweesen unseres Verbandes, das auf unserm Verbandstag, vom 14. bis 17. September in Düsseldorf, eine Neuerung erfahren hatte. Ungeteilter Beifall, der den beiden Rednern am Schluß ihrer Ausführungen zuteil wurde, bewies, daß sich die Anwesenden mit den Beschlüssen des Verbandstages voll und ganz einverstanden erklärten. Bei der sich nun entwickelnden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Ammann-Murg, Schwalb-Ummerlangringen, Rutter-Kammer, Baumgartner-Wehr, Kollegin Albiez-Waldshut und Elise Fium-Diengen, ebenso Gewerkschaftssekretär Kiefer-Säckingen. Nach den Sitzungen unseres Statuts muß in jedem Gau eine Gaukommission gewählt werden. Bei der Wahl zu derselben wurden folgende Mitglieder gewählt: Friedrich Ammann-Murg, Hermann Köhler-Säckingen, Friedrich Baumgartner-Wehr, Pius Straßer-Grumphal, Anton Schwalb-Ummerlangringen und Elise Fium-Diengen. Ferner wurde beschlossen, ab 1. Oktober 1919 sämtliche Ortsgruppen des Ganes zu zentralisieren und ein Annahmegeld für Neueitretende von 1 M. zu erheben. Des Weiteren wurde Kollege Kiefer beauftragt, die Vorarbeiten zur Schaffung einer Arbeiterparlase, zur Errichtung eines Arbeitererholungsheimes und zur Gründung einer Gewerkschaftsgenossenschaft für den ganzen Gau zu erledigen, worauf dann die Gaukommission die Angelegenheit weiter behandeln wird. Ferner wurde folgende Entschliessung angenommen: Die Gaukonferenz protestiert gegen den noch immer anhaltenden Zucker- und Schleichhandel und die damit verbundenen, zunehmenden Preissteigerungen. Der Zucker- und Schleichhandel sind entschieden wie bisher zu bekämpfen, und unsere Mitglieder werden besonders gebeten, hier nach allen Kräften mitzuwirken. In Anbetracht des bevorstehenden Winters, mit Fenerung, Kohlenmangel usw., fordert die Gaukonferenz die

allen Dingen, daß zunächst die Gemeinden und Kreise die Kartoffelversorgung für die werktätige Bevölkerung sicherstellen. Ueberall sollte eine Einkellerung unter Bereitstellung finanzieller Beihilfen ermöglicht werden. Des Weiteren ist eine gerechte Verteilung der vorhandenen Kohlenmengen an den einzelnen Orten notwendig, sodann u. a. äußerste Beschränkung der Vergnügungs- und Tanzlokale im Kohlenbezug bezw. Schließung derselben. Vor allem sollte auch für zeitige Bereitstellung von anderen Brennstoffen (Holz, Torf usw.) gesorgt werden. Damit fand die schon verlaufene Gaukonferenz ihren Abschluß.

Besondere Bekanntmachungen.

Die wichtigsten vom 1. Oktober ab geltenden neuen Postvorschriften. (Zum Ausschneiden und Aufbewahren.)

Allgemeines.

1. Alle Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, müssen fortan freigemacht werden.
2. Für die Befreiung von gewöhnlichen, Wert- und Einschreibepaketen und Wertbriefen, sowie für das Abtragen der Postanweisungen nebst den Gelddbeträgen wird keine Gebühr mehr erhoben. Mit Ausnahme der Einfendungen und der Zeitungen kommt also Postgeld für alle Sendungen in Wegfall.

Portotarif.

Briefe bis 20 Gramm kosten 20 Pfg. Schwerere Briefe 30 Pfg. Postkarten in der Stadt 10 Pfg. Postkarten nach auswärts 15 Pfg.

Pakete.

1. Auf dem Paket ist der Name und Wohnort nebst Wohnung des Absenders anzugeben; in das Paket oben auf ist ein Doppel der Aufschrift zu legen. Dies ist jetzt eine Zwangsvorschrift. Wird sie vom Absender nicht beachtet, so hat er die daraus entstehenden Nachteile zu vertreten.
2. Jedem Paket muß eine Pakettarte beigegeben sein. Die bisherige Befugnis, mehrere Pakete an denselben Empfänger mit einer Pakettarte zu versenden, ist danach aufgehoben.

3. Die Paketgebühr beträgt in der Nahzone (bis 75 km) bei einem Gewicht bis zu 5 kg 75 Pfg., über 5 bis 10 kg 1,50 M., über 10 bis 15 kg 3 M., über 15 bis 20 kg 4 M. In der Fernzone (über 75 km) sind die entsprechenden Sätze: 1,25 M., 2,50 M., 5 und 6 M.

4. Bei dringenden Paketen hat der Absender zu zahlen: die Paketgebühr, eine besondere Gebühr von 2 M. sowie, wenn die Sendung nicht den Vermerk „postlagernd“ trägt, die Einbestellgebühr.

Pakete mit Wertangabe.

1. Für Wertpakete, auch für solche bis 100 M., werden erhoben: die Paketgebühr, die Einschreibgebühr von 30 Pfg. und die Versicherungsgebühr.
2. Die Versicherungsgebühr beträgt 40 Pfg. für je 1000 M. Wertangabe oder einen Teil von 1000 M.

Briefe mit Wertangabe.

Für Wertbriefe werden erhoben: die Gebühr für einen gewöhnlichen Brief (nach den für den Fernverkehr und für den Orts- und Nachbarortsverkehr gültigen Sätzen), die Einschreibgebühr von 30 Pfg. und die Versicherungsgebühr (40 Pfg. für je 1000 M.).

Zeitungen.

Wird eine bei der Post bestellte Zeitung auf Verlangen des Bezahlers an eine andere Postanstalt überwiesen, so ist hierfür eine Ueberweisungsgebühr von 50 Pfg. zu zahlen, wenn diese Postanstalt in demselben Postorte und eine Gebühr von 1 M., wenn sie in einem anderen Postorte liegt.

Verammlungskalender.

M.-Gladbach Post. Sonntag, 19. Oktober, abends 5 1/2 Uhr bei Gustav Kromers Arbeiterinnen-Verammlung. — Sonntag, 26. Oktober, 6 Uhr Mitglieder-Verammlung.

Mitglieder, agiert für den Verband!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die nächsten praktischen Aufgaben in unserm Verband. — Zur Frage der Sozialisierung der Textilindustrie. — Aus dem Verwaltungsbericht der Rheinisch-Westfälischen Textüberberufsgenossenschaft für das Jahr 1918. — Allgemeines Rundschau: Sie können ihr Geld nicht unterbringen. — Gesängnis für verbotene Ausfuhr von Getreide. — Der Demobilisierungsausschuss gegen den Terror. — Die Kriegsverversicherung unserer Deutschen Volksversicherung. — Das Ende des Gewerkschaftsstreites? — Aus unserer Industrie: Verwertung der Heeresbestände in Papiergeweben. — Die „Welt-Baumwolle-Konferenz“. — Ein neues Textilzeugnis. — Aus unserer Bewegung: Gaukonferenz in Säckingen. — Besondere Bekanntmachungen: Die wichtigsten vom 1. Oktober ab geltenden neuen Postvorschriften. — Verammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: G. Kallert, Düsseldorf